

10.04.2014.

Ali Khamzin im Bundestag und bei der Gesellschaft für bedrohte Völker

Geschichte:

Die Krimtataren haben Angst vor Russland, die historisch begründet und nachvollziehbar ist. Die Erfahrung der Krimtataren mit Russland ist eine Geschichte von Repressionen, Deportation und Unterdrückung. In der Sowjetunion haben sie Deportation erfahren, in der Geschichte der neueren Ukraine seit der Auflösung der Union haben sie wenig Unterstützung für ihre Anliegen seitens der ukrainischen Regierung bekommen. „Deshalb haben wir die Hoffnung gehegt, dass die Eurointegration eine positive Veränderung bringen wird.“ Sagte Ali Khamzin, der Außenbevollmächtigte des Nationalparlamentes des Krimtatarischen Volkes bei etlichen Treffen im politischen Berlin der zurückliegenden Woche.

Er analysierte, dass Russland einen neuen Trend ins Leben gerufen habe, der **die demokratischen Werte**, die Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gewonnen hat, gefährdet. Russland wird sich nicht zufriedengeben und seine Ansprüche weiter in die Tiefe Europas expandieren. Nicht nur die Ostukraine, auch die Baltischen Staaten werden in der Zukunft damit konfrontiert sein, dass Russland sie auffordert aus der NATO auszutreten.

Alle Handlungen der russischen Seite deuteten darauf hin, dass Russland versuchen wird, durch neue Gesetze, neuen Passregelungen und usw. die Krimtataren die Ausreise aus der Heimat aufzuzwingen.

Russland ist ein Vielvölkerstaat. Wie die nationale Politik in Russland sich gestaltet, wird deutlich in der Politik Russlands nach der Perestroika und darauf folgend unter Putin. Die Krimtataren wollen nicht den Weg von Tschetschenien wiederholen, wir wollen keine bewaffnete Konfrontation. Das Volk der Krimtataren hat in Folge dieser Annexion soweit nur einen Krimtateren verloren: Reschat Akhmetov. Er wurde angegriffen und ermordet. Er hat drei Kinder hinterlassen. Allein dieser Tod ist eine Tragödie für unser Volk.

Wir wollen, dass wir uns in unserer Heimat nicht um unser Leben fürchten müssen, dass wir nicht von russischen sogenannten Selbstverteidigungskräften oder Personen, die nicht durch Kennzeichnungen identifizierbar sind, auf der Straße aufgehalten oder angegriffen werden.

Die Frage des Eigentums, des Landbesitzes und Bodenerwerbs ist ein großes Problem, dass die ukrainischen Behörden bis zum heutigen Tag nicht lösen konnten. Aber es gibt auch mehrere andere Fragen auf der Krim, die schon vorher auf eine Lösung warteten und sich nun verschärfen werden, sagte Ali Khamzin.

Doppelte Staatsbürgerschaft:

Russland hat jetzt eine Frist von einem Monat eingeräumt, in dem die Krimtataren sich für die ukrainische oder russische Bürgerschaft entscheiden müssen. Wer keinen Antrag an die russischen Behörden stellt, dem wird automatisch die russische Staatsbürgerschaft zugewiesen. Und wer sich für die ukrainische Bürgerschaft entscheidet, wird sich in seiner Heimat auf der Krim mit dem Status eines Ausländers aufhalten müssen. Dadurch werden den ukrainischen Staatsbürgern viele Rechte verwehrt. Es ist heute also keine Frage der Geopolitik, sondern eine humanitäre Frage.

Deutschland als Garant der Sicherheit:

Es wurden in der Ukraine Fakten geschaffen. Ein kleines Volk wie die Krimtataren kann sich nicht dem Geschehenen widersetzen. Dies müssen wir uns jetzt realisieren, um eine offene Konfrontation mit Russland zu vermeiden. Wir müssen heute die russische Macht akzeptieren, obwohl wir diese natürlich nie gewollt haben. Jedoch fordern wir deshalb die europäische

Gemeinschaft auf, dass Europa sich mit dem Vorgehen auf der Krim nicht einverstanden erklärt. Wir möchten, dass Deutschland als eine Partei des **Budapester Memorandums** als Garant für die Sicherheit des Krimtatarischen Volkes auftritt, so Herr Khamzin im Gespräch mit der GfbV.

Wir halten es für äußerst wichtig, dass den Krimtataren eine **doppelte Staatsbürgerschaft** gewährt wird. Bei den Gesprächen um dieses Anliegen sind wir auf der ukrainischen Seite auf zunehmendes Verständnis und Bereitschaft gestoßen. Da die Krim ein Sonderfall ist, muss Russländische Föderation die Krimtataren auch gesondert behandeln und eine doppelte Staatsbürgerschaft gestatten.

Ein weiteres Anliegen: Treffen mit Bundeskanzlerin Merkel

Ein Treffen einer Delegation der Krimtataren (Tschubarow, Dschemilew, Khamzin) mit Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel wurde angeregt, um Unterstützung auch von der höchsten politischen Ebene der Bundesrepublik Deutschland für die Anliegen der Krimtataren zu erhalten. Die Idee wurde von den Mitgliedern des Bundestages Frau Erika Steinbach (CDU) und Herrn Özdemir (Bündnis 90/ Die Grünen) aufgenommen.



Die Gesellschaft für bedrohte Völker wird sich auch weiterhin mit dem Volk der Krimtataren solidarisch zeigen und für kommende Treffen in Deutschland werben, Türen öffnen und Pressetermine organisieren. Faru Sarah Reinke, Osteuropa-Expertin und Leiterein des

GfbV-Berlin-Büros sowie Herr Dr. Mieste Hotopp-Riecke, ehrenamtlicher Krim-Experte der GfbV und Direktor des ICATAT Magdeburg-Berlin stehen für Termin-Anfragen und Pressetermine gerne zur Verfügung:

Gesellschaft für bedrohte Völker

Palais am Festungsgraben

Am Festungsgraben 1

Büro 213

10117 Berlin

Sarah Reinke: Tel. 030 4280 4891 mail: berlin@gfbv.de

Dr. Mieste Hotopp-Riecke: 01573-1758823

PRESSE-Mitteilung von GfbV-International

Krimkrise: Minderheiten fürchten um ihre Sicherheit

Hetze gegen muslimische Krimtataren und jüdische Ukrainer löst erste Fluchtbewegung aus

Berlin / Göttingen, 31. März 2014

Antimuslimische und antijüdische Hetze haben eine erste Fluchtbewegung von der Krim ausgelöst. Rund 5.000 Angehörige der muslimischen Krimtataren – vor allem Frauen und Kinder – haben die Halbinsel in den vergangenen Tagen und Wochen bereits verlassen, berichtete die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) am Montag. Außerdem ist der oberste reformjüdische Rabbiner der Krim, Mihail Kapustin, aus Furcht vor antijüdischen Ausschreitungen aus Simferopol nach Kiew geflohen. Auch die Gesandten der Simferopoler Chabad-Organisation Jitzchak, Meir-Lifschitz, und seine Ehefrau Leja haben die Krim mit den Tora-Rollen ihrer Gemeinde verlassen, um die heiligen Bücher in Sicherheit zu bringen.

Nach Beobachtungen der GfbV wächst die Unsicherheit unter den Angehörigen der Minderheiten. „Krimtataren sehen bedrohliche Signale gegen ihre Volksgruppe“, berichtete die GfbV-Referentin für die GUS-Staaten, Sarah Reinke, in Berlin. So hetzen russischsprachige Medien gegen den krimtatarischen Geschäftsmann und Eigentümer des unabhängigen Fernsehsenders ATR, Lenur IsJamow. Er sei „russophob“ und „extremistisch“, weil er die Sprache und Kultur der Krimtataren förderte. Zudem diskreditiere er die Rote Armee durch den von ihm finanzierten preisgekrönten Film über die Deportation der Krimtataren 1944. Dabei kamen von 190.000 Deportierten 46 Prozent ums Leben.

„Auch dass der krimtatarische Abgeordnete des ukrainischen Parlaments in Kiew, Mustafa Dschmilew, die Krim nicht besuchen durfte, ist empörend“, sagte Reinke. „Viele Krimtataren fürchten, dass sie schon bald ähnlich behandelt werden könnten, wie gläubige Muslime in der Russischen Föderation: Bei Polizeikontrollen werden sie schnell des „Extremismus“ bezichtigt, Strafverfahren werden ohne Beweise angestrengt und sie stehen unter dem Generalverdacht, „Terroristen“ zu sein oder zu unterstützen.“ Schon wurde ein Krimtatar, der in Simferopol russische Koranausgaben verteilte, verhaftet. Er wurde gefragt, weshalb er einen Bart trage und ob er ein Extremist sei. Seitdem hält die Polizei ihn wegen „Ordnungsverstößen“ fest, ohne dass eine Anklage erhoben wurde.

Nach Angaben des Vorsitzenden der Assoziation der jüdischen Organisationen und Gemeinden der Krim, Anatoli Genin, beschmierten Unbekannte in der Nacht zum 28. Februar die Wände der reformjüdischen Synagoge „Ner-Tamid“ in Simferopol in russischer Sprache mit den Worten „Tod den Juden!“ und mit Hakenkreuzen. Genin betont, dass dies die erste derartige antisemitische Aktivität seit Erlangung der Unabhängigkeit durch die Ukraine (1991) war.

Für Nachfragen ist Sarah Reinke erreichbar unter Tel. 030 4280 4891.